

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(17. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Liesel Hartenstein,
Michael Müller (Düsseldorf), Dietmar Schütz, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/4001 —**

**Fünftes Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Umweltpolitik
weiterentwickeln und umsetzen**

A. Problem

Das Fünfte Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Umweltpolitik wurde von der Bundesregierung gemeinsam mit den übrigen Regierungen der Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union am 15. Dezember 1992 grundsätzlich begrüßt und in seinen Kernzügen gebilligt.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, sich bei der Umsetzung und Weiterentwicklung dieses Programms dafür einzusetzen, daß angesichts der zunehmenden Bedrohung der Umwelt alles getan wird, um bereits kurzfristig Erfolge zu erzielen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags

Der Ausschuß ist mehrheitlich der Auffassung, die Bundesregierung habe hier in vorbildlicher Weise bereits Initiativen entfaltet. Einer zusätzlichen Aufforderung, die indirekt auch Kritik bedeute, bedürfe es damit nicht. Der Antrag könne somit abgewiesen werden.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Annahme des Antrags der Fraktion der SPD.

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 12/4001 abzulehnen.

Bonn, den 19. Januar 1994

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Wolfgang von Geldern

Vorsitzender

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Berichterstatter

Dr. Liesel Hartenstein

Berichterstatteerin

Gerhart Rudolf Baum

Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach),
Dr. Liesel Hartenstein und Gerhart Rudolf Baum**

1. Der Antrag auf Drucksache 12/4001 wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. April 1993 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den EG-Ausschuß überwiesen.

Der EG-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 29. September 1993 die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

2. Mit dem Antrag auf Drucksache 12/4001 soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, sich bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des Fünften Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaften für Umweltpolitik dafür einzusetzen, daß angesichts der zunehmenden Bedrohung der Umwelt alles getan werde, um bereits kurzfristig Erfolge zu erzielen. Mit der Zielvorgabe einer „dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung“ markiere das Programm zwar einen Wendepunkt in der EG-Umweltpolitik, die Aussagen und Zielvorstellungen des Programms in den einzelnen Politikbereichen entsprächen jedoch nicht der zentralen Zielvorgabe und den Erfordernissen einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung.
3. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 61. Sitzung am 20. Oktober 1993 und in seiner 68. Sitzung am 19. Januar 1994 den Antrag beraten.

Es bestand Einvernehmen, daß das Fünfte Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Umweltpolitik gegenüber früheren Programmen erheblich besser geworden sei, da dort eine Abkehr vom herkömmlicher Weise nachgeschalteten Umweltschutz und eine Hinwendung zur Vorsorgepo-

litik gefordert werde. Zu begrüßen sei auch die Forderung nach einer Integration der Umweltpolitik in die anderen Politikbereiche Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft usw.

Von seiten der antragstellenden Fraktion der SPD wurde ergänzend ausgeführt, die Aussagen und Vorstellungen des Programms zu den einzelnen Politikbereichen entsprächen nicht diesen Vorgaben. In Punkt I.6 des Antrags ihrer Fraktion sei dies im einzelnen dargelegt. Deshalb fordere man unter Punkt II die Bundesregierung zu einer Reihe von Maßnahmen auf, die nicht ausreichend im Aktionsprogramm berücksichtigt seien.

Vom Vertreter der Koalitionsfraktionen wurde demgegenüber festgestellt, die Bundesregierung entfalte in vorbildlicher Weise Initiativen zur Umsetzung des Programms. Einer zusätzlichen Aufforderung, die indirekt Kritik bedeute, bedürfe es insofern nicht. Von daher lehne man den Antrag der Fraktion der SPD, sofern er nicht zurückgezogen werde, ab.

Vom Vertreter der Bundesregierung wurde ausgeführt, die frühestmögliche Revision des Aktionsprogramms ergebe sich, wenn 1995 in einem Zwischenschritt überprüft werden müsse, was erreicht und noch erreichbar sei. Man sei gerne bereit, im Frühjahr 1995 in einem Bericht darzulegen, was in den einzelnen Feldern geschehen sei, und wo nach Ansicht der Bundesregierung die Dinge noch weiter entwickelt werden müßten.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/4001 abzulehnen.

Bonn, den 2. Februar 1994

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Berichterstatte

Dr. Liesel Hartenstein
Berichterstatte

Gerhart Rudolf Baum
Berichterstatte